

Erbe, Rainer

Article — Digitized Version

Sozialpolitik ohne Konzeption

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Erbe, Rainer (1990) : Sozialpolitik ohne Konzeption, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 2, pp. 60-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136603>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vertreter aller bundesdeutschen Parteien lieferten sich über Wochen eine schon unreal anmutende Debatte über die Streichung von Sozialleistungen für Übersiedler aus der DDR. Ihren Höhepunkt erreichte diese Diskussion mit den Anfang Februar bekanntgewordenen Vorstellungen einer Koalitionsarbeitsgruppe. Sie schlug vor, das bisherige Fremdretenrecht zugunsten eines „Kaufkraftmodells“ außer Kraft zu setzen mit dem Ziel, die Renten von übersiedelnden DDR-Rentnern auf ein Niveau gerade über dem Sozialhilfesatz abzusenken. Diese Vorstellung, mit politisch wie rechtlich unhaltbaren Mitteln eine keineswegs reale „Rentnerlawine“ bremsen zu wollen, läßt Zweifel aufkommen, ob die Sozialpolitik dem Tempo der politischen Entwicklung und der Verantwortung, die auf sie zukommt, gewachsen ist.

Diese Zweifel verstärken sich noch angesichts der neuen Lage, die die währungspolitische Initiative der Bundesregierung inzwischen geschaffen hat. Die Stellungnahmen von Bundesarbeitsminister Blüm und anderen Politikern im Gefolge dieses Vorschlags lassen erkennen, daß die bisherige Fixierung auf die Zweistaatlichkeit und die daraus resultierende „Überlastungsangst“ im sozialpolitischen Denken noch längst nicht überwunden sind. So wird für den Fall der raschen Eingliederung der DDR in das Währungsgebiet der Bundesrepublik für eine gewisse Übergangszeit zwar die Notwendigkeit einer „Anschubfinanzierung“, etwa zum Aufbau einer (eigenständigen?) Arbeitslosenversicherung, durchaus eingeräumt, Steuererhöhungen weisen die maßgeblichen Politiker dagegen nach wie vor weit von sich.

Ist die der DDR angebotene Währungsunion aus sozialpolitischer Sicht jedoch wirklich ein geradezu unproblematisches Projekt, das die von ihm verursachten sozialen Anpassungslasten weitgehend selbst finanziert? Wohl kaum: Sinn macht



Rainer Erbe

Sozialpolitik ohne Konzeption

die Währungsunion als politischer Schritt, der auf nationaler und vor allem internationaler Ebene Fakten auf dem Weg zu einer Lösung der „deutschen Frage“ schaffen will. Ökonomisch gesehen wird die Einführung der D-Mark in der DDR dagegen die heute in der DDR vorhandenen realen Probleme lediglich schlagartig offen zu Tage treten lassen. Daß die angebotene Währungsunion unter diesen Umständen explizit mit dem Ziel verbunden wird, das „Ausbluten“ der DDR zu stoppen, läßt befürchten, daß die Politik immer noch nicht gewillt ist, die Motive potentieller Übersiedler zur Kenntnis zu nehmen. Für sie werden kaum allein die mittelfristigen Perspektiven einer Währungsunion, sondern vor allem deren unmittelbare Folgen zählen: Ein rasanter Anstieg der Preise aller handelbaren Güter des täglichen Bedarfs auf westdeutsches Niveau, massive Realeinkommensverluste und Massenarbeitslosigkeit.

Diese Perspektive ist es, die DDR-Bürger zu Recht ängstigt und überdies zusätzliche Anreize zur Abwanderung schafft. Die währungspolitische Initiative der Bundesregierung hätte angesichts dieser Lage von vornherein mit der unmißverständlichen Aussage verknüpft werden müssen, daß eine Währungsunion auch die Geburts-

stunde einer gesamtdeutschen Sozialpolitik sein werde. Doch bis heute gibt es leider nur wenig Anzeichen, daß eine Sozialunion gedanklich und organisatorisch ebenso zielstrebig und mutig vorbereitet wird, wie dies bei der Währungsunion offenbar der Fall ist. Überfällig sind eindeutige politische Signale an die DDR-Bürger: öffentliche Garantien für die Rentner, daß die Währungsunion ihren ohnehin geringen Lebensstandard zumindest nicht beeinträchtigen werde. Ebenso muß den Arbeitnehmern glaubwürdig zugesagt werden, ihre Realeinkommen durch Finanzierung einer angemessenen Arbeitslosenunterstützung, durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und eventuell durch zeitlich befristete Finanzhilfen für sanierungsfähig erscheinende Betriebe oder durch andere geeignete Instrumente wirksam zu stützen.

Die vom Bundesarbeitsminister inzwischen genannten Zahlen – DDR-Durchschnittsrenten von rund 840 DM und ein Arbeitslosengeld von ca. 750 DM nach der Währungsunion – entsprechen angesichts des prognostizierbaren Preisniveaus diesen Anforderungen kaum, sondern stellen eine Absicherung in Nähe des Sozialhilfeniveaus dar. Ja, schlimmer noch: die Zahlen sind nicht einmal in sich stimmig. Arbeitslose in der DDR finanziell schlechter zu stellen als Sozialrentner, hieße, die ohnehin nicht geringe Mobilität der Arbeitnehmer dort weiter zu beflügeln. Die Sozialpolitik darf sich daher dem Eingeständnis nicht länger entziehen, daß die forcierte deutsche Einheit einen hohen ökonomischen Preis hat. Die Alternative, eine Währungsunion ohne umfassende und funktionsfähige Sozialunion – die mehr sein muß als das vage Versprechen eines ohnehin unabdingbaren Existenzminimums –, liefe auf den Versuch hinaus, die staatliche Einheit mit langandauerndem politischen und sozialen Unfrieden im Innern zu bezahlen.